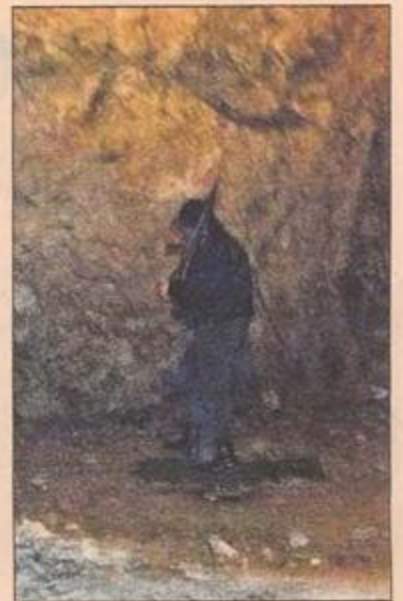




Ebensee und kein Ende: Für den Tathergang gibt es Zeugen und Fotos (siehe re.), die Tatverdächtigen sind weitgehend geständig. Die Staatsanwaltschaft wartet dennoch zu.

Fotos: APA



Ebenseer Nazi-Opfer warten weiter auf Anklage

Ein Jahr nach der rechtsextremen Störaktion in der KZ-Gedenkstätte Ebensee gibt es noch immer keine Anklage: Die Justiz schiebt den Fall umher. Experten und Opfer-Vertreter kritisieren die „Verschleppung“.

Petra Stuibler

Wien/Wels – Der „Fall Ebensee“, der sich am kommenden Wochenende jährt, brachte Österreich einmal mehr „einschlägige“ internationale Schlagzeilen – und wird es wohl auch am ersten Jahrestag wieder tun: Noch immer gibt es keine Anklage gegen die beiden Hauptverdächtigen, Staatsanwaltschaft Wels und Justizministerium schieben einander den Akt zu.

Dabei scheint der Fall, zumindest für Laien, recht klar zu sein: Am 9. Mai 2009 bedrohten fünf teils mit Sturmhauben verummelte Gestalten eine Gruppe Überlebender, die der Befreiung des ehemaligen KZ Ebensee durch die Alliierten gedachten – in jenem „Besichtigungsstollen“, den die Nazi-Opfer einst in den Fels hauen hatten müssen. Die Überlebenden, die aus Frankreich angereist waren, wurden von fünf Burschen zwischen 14 und 17 Jahren angegriffen, mit Paintballs beschossen und zum Teil leicht verletzt, die Burschen grölten Nazi-Parolen.

Zwei Tage später waren die Tatverdächtigen gefasst, sie waren geständig und auch reumütig. Die beiden Hauptverdächtigen entschuldigten sich bei den Opfern, die Staatsanwaltschaft sprach von „weiteren Ermittlungen“.

Diese dauerten von Mai 2009 bis Jänner 2010. Dann schickte die Staatsanwaltschaft Wels ihren „Entscheidungsvorschlag“ an das Justizministerium – wo der Akt bis Ostern lag. Kürzlich wurde er zurückgeschickt, man beriet laut APA im „internen Entscheidungsfindungsprozess“, „weitere Erhebungen“ durchzuführen.

Wie DER STANDARD von der Staatsanwaltschaft Wels erfuhr, ist der Akt derzeit bei der zustän-

digen Bezirkshauptmannschaft, konkret beim Jugendamt. Dessen Stellungnahme will man abwarten, erst dann soll die Anklage stehen – wann genau, ist ungewiss.

Schon mehrmals beklagte das Mauthausen Komitee Österreich namens der Opfer die „Verschleppung“ des Falles Ebensee – ein Vorwurf, den man so im Justizministerium nicht gelten lassen will. Man habe im Zuge eines Rechtsbehelfsverfahrens gleich mehrere Zeugen in Frankreich befragen lassen müssen, sagt die Sprecherin von Ministerin Claudia Bandion-Ortner, Katharina Swoboda. Die Befragungen

übersetzt und in den Akt eingearbeitet werden. Swoboda: „Alle haben zügig gearbeitet, solche Vorgänge dauern eben.“

„So lang?“, wundert sich Verfassungsjurist Heinz Mayer: „Gerade in solchen Fällen sollte man sehr rasch Klarheit haben.“ Ob die Burschen „pure Dummheit“ oder rechte Gesinnung geleitet habe, müsse im Prozess geklärt werden.

Das fordert auch Robert Eiter, Jurist und Sprecher des „oberösterreichischen Netzwerks gegen Rassismus und Rechtsextremismus“. Die Justizministerin müsse „umgehend handeln“, umso mehr, als man den Fall

nicht isoliert sehen dürfe: Auch bei den Anzeigen gegen die rechtsextreme NVP und die „Bunten“ seien die Staatsanwaltschaften Linz und Wels säumig.

Zumal die Ermittlungsbehörden selbst schuld sind, dass sie die Opfer in Frankreich suchen mussten. Diese blieben nämlich nach den Vorfällen in Ebensee noch einige Tage in Österreich – wo sie etwa DER STANDARD ohne Probleme für ein Interview erreichte. Von der Polizei wurden sie in dieser Zeit nicht befragt. Mauthausen-Komitee-Sprecher Willi Mernyi sarkastisch: „Gut für Ihre Zeitung, übel für die Behörden, dass sie sich damals nicht für die Opfer interessierten.“ **Kommentar Seite 28**

SCHWERPUNKT:
Rechte Taten
und Symbole

Die neuen Zeichen der Rechtsextremen

Triskele statt Hakenkreuz, 1919 statt SS: Wie alte Botschaften neu verpackt werden

Wien – Menschen mit Glatze, Springerstiefeln und Hakenkreuz-Aufnahmen auf der Bomberjacke werden immer seltener – die Rechtsextremen werden es nicht. Nur ihre Zeichen und Codes haben sich gewandelt, schreibt der Verfassungsschutz, und das meint auch Willi Mernyi vom Mauthausen-Komitee. Daher hat er mit Christa Bauer ein Buch herausgegeben, das Lehrern, Eltern oder Betriebsräten helfen soll zu erkennen, ob ihre Schützlinge rechtsextrem sind oder werden.

Gezeigt werden darin ungewöhnliche Symbole wie die Triskele oder die Gibor-Rune, erklärt werden die Bedeutungen von Codes wie 1919 (zweimal der 19. Buchstabe des Alphabets, SS) oder Abkürzungen wie Rahowa (Racial Holy War).

Daneben werden rechtsextreme Organisationen vorgestellt, etwa die internationale Blood and Honour (Blut und Ehre, war auf den Messern der Hitlerjugend eingraviert). Auch der Ring freierwilliger Jugend Österreich wird gelistet, da es bei ihm „Überschneidungen zur rechtsextremen Szene gibt“.

Besonders wichtig aber ist Mernyi das Kapitel über Bands und Musikrichtungen wie Neue Deutsche Härte oder Landser: „90 Prozent der Jugendlichen kommen erstmals über Musik mit der rechtsextremen Szene in Kontakt“, sagt er. „Die ist cool, sie können sie zu Hause hören, ohne Angst vor der Polizei.“

Wer fürchtet, dass sein Kind, Schüler oder Angestellter rechtsextrem werden könnte, kann die Hotline des Mauthausen-Komitees anrufen (0810/500 199). Seit

zwei Wochen ist die Nummer eingerichtet, die Nachfrage sei da, sagt Mernyi. Nicht bei allen Fällen, die Anrufer schildern, ginge es um Rechtsextreme. Es sei aber auch wichtig, Leuten zu erklären, dass keine Gefahr besteht. „Ein 50-jähriger Betriebsrat kennt eben den Unterschied zwischen den Toten Hosen und Landser nicht.“

Rechtsextremismus müsse in Österreich enttabuisiert werden: „Es heißt immer noch: ‚Es gibt keine rechtsextreme Szene.‘“ So interpretiert er auch Zahlen des Ver-

fassungsschutzes, nach denen 86 Prozent der rechtsextremen Straftaten von Menschen begangen werden, die nicht zur rechtsextremen Szene gehören.

Auch bei Aufklärung gebe es Nachholbedarf: „Mein Sohn geht in eine AHS und macht jedes Jahr ein tolles Projekt zu Rassismus. Sein bester Freund macht eine Kochlehre und hat noch kein einziges geboten bekommen.“ (tob)

DER STANDARD Webtipp:
www.rechtsextrem.at

STADTTEIL

An die Befreiung Salzburgs erinnern

Salzburg – Am 4. Mai 1945 gegen Mittag war es endlich so weit: Mit dem Einzug der mit rot-weiß-roten Fahnen beflaggten Panzer der 3. US-Infanteriedivision in die Stadt Salzburg hatte die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten ein Ende. 65 Jahre später reisten einige US-Soldaten von damals erneut nach Salzburg: Im Toscaninohof im Herzen des Festspielbezirkes ist eine Gedenktafel zu Ehren der Befreier enthüllt worden.

Mit der Tafel wird aber auch die Rolle von Hans Lepperdinger gewürdigt. Er war Stadtkommandant der Deutschen. Lepperdinger hatte sich entgegen anderslautender Befehle



Nach 65 Jahren: Veteranen der U.S. Army in Salzburg. F.: Klinger

entschlossen, Salzburg kampflos zu übergeben, und verhinderte so weitere Opfer und Zerstörungen. Die Gespräche zur Übergabe hatten in den Bunkern im Mönchsberg stattgefunden, wo nun die Gedenktafel angebracht ist. (neu)



Ein neues Buch informiert über die neuen Codes der Szene. F.: ÖGB

Land Wien

Amt der Wiener Landesregierung
Magistratsabteilung 22 – Wiener Umweltschutzabteilung
MA 22 – 3790/2009

Kundmachung
Öffentliche Erörterung
KKW Belarus, Belarus

Gemäß § 10 Abs. 7 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000 – UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2009, wird kundgemacht:

Für das Vorhaben Neubau einer Kernkraftanlage Belarus wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach belarussischem Recht mit Beteiligung Österreichs durchgeführt. Zuständige UVP-Behörde ist das belarussische Umweltministerium, Projektwerberin ist das Directorate for Nuclear Power Plant Construction, Chicherina str., 19, Minsk, 220029, Belarus.

Nunmehr wird in Österreich eine öffentliche Erörterung des Vorhabens durchgeführt, an der jedermann teilnehmen, Fragen stellen und sich zum Vorhaben äußern kann.

Zeit: 11.5.2010, 09:00-14:00 Uhr
Ort: Hollmann Salon, Grashofgasse 3, 1010 Wien

Für die Landesregierung:
Mag. Gabriela Forchtner, M.E.S.